

REGARDS

ENERGIEPASS

Was steckt drin im neuen Power-Pass?

Danièle Weber

Die Einführung des Energiepasses für Gebäude wurde um ganze 16 Monate verschoben. Zumindest in Teilen. Dabei ist es nicht ganz leicht, den Überblick zu behalten. Auf der Oekofoire wollen die zuständigen Ministerien das ändern.

Die Oekofoire als Startpunkt für effizienteres Energiesparen: Auf einem gemeinsamen Stand wollen Wohnungsbau-, Energie- und Umweltministerium über energiebewusstes Bauen und Wohnen informieren. Diese konzertierte Aktion kommt nicht von ungefähr. Kaum jemand kennt sich derzeit aus, im Chaos der Luxemburger Subventionspolitik für Energiesparmaßnahmen rund ums Eigenheim.

Bestes Beispiel: der Energiepass. Er erfasst die Energieeffizienz eines Gebäudes, nimmt es je nach Energieverbrauch in eine von neun Kategorien auf und gibt Anregungen zur Behebung von Schwachstellen. Subventionen werden nur für die vier besten Kategorien ausgezahlt. Theoretisch sollte dieser Pass bereits seit dem 1. September für alle Häuser und Wohnungen obligatorisch sein. Praktisch ist die Ausgabe dieses Papiers jedoch noch mit entscheidenden Anlaufschwierigkeiten verbunden.

Nachdem im Januar diesen Jahres die neue Wärmeschutzverordnung und anschließend das „nationale Förderprogramm zur Energieeinsparung und Nutzung erneuerbarer Energien“ vorgestellt wurde, schien es kurzzeitig, als würden nach langem Stillstand endlich einmal Fortschritte gemacht. Doch schon die zeitlich versetzte Vorstellung der beiden Programme ließ nichts Gutes ahnen. Wirtschaftsminister Jeannot Krecké und Umwelt-

minister Lucien Lux hatten es einmal mehr nicht geschafft, sich zusammenzutun und ihre Maßnahmen als aufeinander abgestimmtes Ganzes zu präsentieren.

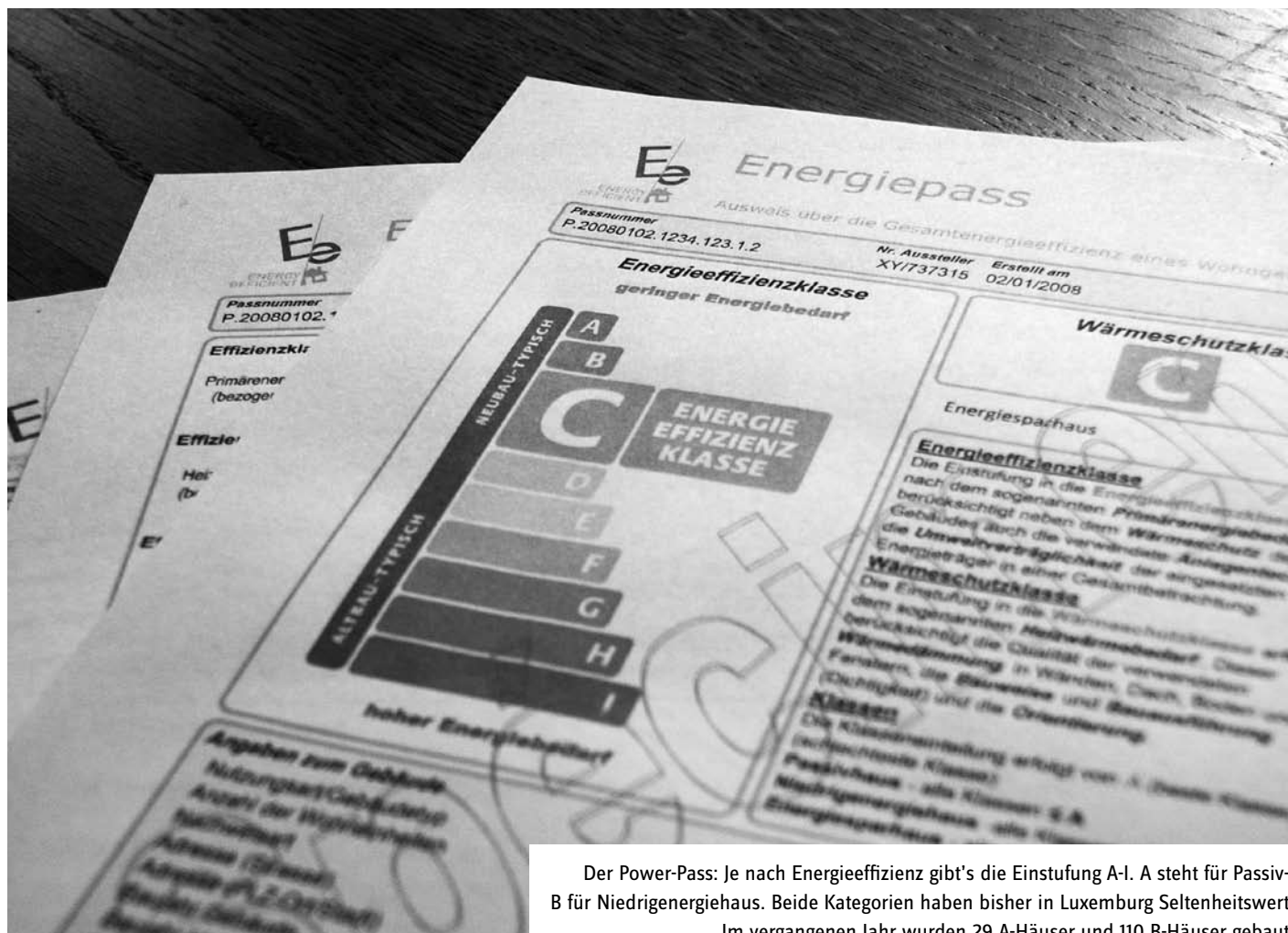
Abgesehen davon hatte man es offensichtlich übersehen, die Lage auf dem Markt für potenzielle Gutachter mit ausreichender Sorgfalt zu prüfen. Kaum war der Energiepass vorgestellt, suchten diejenigen, die sich prompt einen solchen ausstellen lassen wollten, oft vergebens nach einem Büro, das gewillt war, seine Dienste in absehbarer Zeit anzubieten. Zwar versuchte Jeannot Krecké Anfang April in seiner Antwort auf eine parlamentarische Anfrage die Gemüter zu beruhigen, indem er auf mehr als 550 potenzielle Experten hinwies, die berechtigt seien, einen Energiepass auszustellen.

Expertenmangel behoben?

Einen Monat später musste der Wirtschaftsminister jedoch zurückrudern. Weil man den „difficultés du marché, dues à un manque d'experts habilités à établir les certificats de performance énergétique“ Rechnung tragen wolle, sei beschlossen worden, die Frist für die Übergangszeit im Falle von Eigentümer- oder Mieterwechsel auf September 2009 zu verlegen, kündigte Krecké Ende Mai auf seiner Eröffnungsrede zur Frühjahrsmesse an. Zwei Wochen später verlängerte der Regierungsrat diese Frist in einem projet de règlement grand-ducal abermals - diesmal auf den 31. Dezember 2009.

„Das heißt aber nicht, dass es den Energiepass derzeit nicht gibt“, sagt Tom Eischen, Commissaire der Regierung in der „Direction de l'énergie“





Der Power-Pass: Je nach Energieeffizienz gibt's die Einstufung A-I. A steht für Passiv-, B für Niedrigenergiehaus. Beide Kategorien haben bisher in Luxemburg Seltenheitswert. Im vergangenen Jahr wurden 29 A-Häuser und 110 B-Häuser gebaut.

im Wirtschaftsministerium. „Seit dem 1. Januar muss für jeden Neu- beziehungsweise Umbau ein Energiepass beantragt werden.“ Weil man vermeiden wollte, dass es beim Wechsel von Mietern oder Eigentümern zu einem Engpass kommen könnte, habe man für diese Fälle die Frist verlängert. „Die Zahl der ausgebildeten Experten ist dabei sich gut zu entwickeln“, so Tom Eischens Antwort auf die Frage, ob es derzeit noch einen Mangel an Sachverständigen gibt. Tatsache ist, dass auf der Homepage der Agence de l'énergie (www.ael.lu) eine Liste von über 200 Expertenbüros aufgeführt wird, die offiziell vom Ministerium als Pass-Aussteller zugelassen sind oder deren MitarbeiterInnen eine entsprechende Fortbildung mitgemacht haben, mit der sie auch die erforderliche Software zur Berechnung der Energiewerte erhalten haben.

Eine Methode, die seit diesem Jahr ebenfalls bei der Ausstellung eines Gebäudepasses und bei der Berechnung von Subventionen innerhalb der Wärmeschutzverordnung angewandt wird. „Wir haben in erster Linie eine Harmonisierung der Methoden durchgeführt“, sagt Tom Eischen. „Die aktuelle Linie ist besonders für die Experten im Vergleich zur früheren Situation auf dem Markt viel kohärenter.“ Musste man früher verschiedene Werte für verschiedene Formu-

lare errechnen, dienen nunmehr die Kalkulationen im Energiepass als Grundlage für die Folge-Anträge. Der Fortschritt liegt vor allem darin, dass dies Ministerien übergreifend gilt.

Dennoch scheint die Agence de l'énergie sich noch nicht ganz vom Ansturm des Interesses, der seit Bekanntgabe der neuen Gesetzgebungen über sie hereinbrach, erholt zu haben. Das zeigt ein Blick auf ihre Homepage. Erläuterungen zum neuen Förderprogramm sucht man dort vergeblich. „Aus technischen Gründen konnten die Seiten zu den finanziellen Beihilfen für Privatpersonen noch nicht überarbeitet werden.“ Man bemühe sich „um eine zügige Überarbeitung“, bis dahin wird an die Energie-Hotline verwiesen. Diese war zumindest in Spitzenzeiten mit über 100 Anrufern pro Tag auch an ihre Grenzen gestoßen. Durchschnittlich werden dort 46 AnruferInnen pro Tag gezählt.

Wie viel Pässe braucht ein Haus?

Einige unter den Ratsuchenden dürften wohl die Frage nach dem Unterschied zwischen Energiepass und einem weiteren Ausweispapier für Gebäude gestellt haben: dem sogenannten Carnet de l'habitat, das es bereits seit 2005 gibt. Dieser sei eine Art „Röntgenbild“ eines Gebäudes,

so drückte es die LSAP-Abgeordnete Claudia Dall'Agnol aus, als das Parlament Mitte Dezember vergangenen Jahres auf ihre Anfrage hin über diese Maßnahme debattierte. Auch dieser Gebäudepass beinhaltet ein Energiekapitel. Und wie mit dem Papier verfahren werden soll, war zumindest zu diesem Zeitpunkt auch dem Wohnungsbauminister nicht ganz klar. Man habe bislang noch keine „systematische Propaganda“ für dieses „formidable Instrument“ gemacht, so Wohnungsbauminister Fernand Boden in der Debatte. Man warte auf den „definitiven Text über den Energiepass“.

Letzterer soll, das verriet der Minister noch, in den Gebäudepass integriert werden. Dass jedoch die interministerielle Kommunikation nicht ganz auf der Höhe war, konnte man aus Bodens weiteren Erklärungen heraushören. Durch die neuen Bestimmungen über energiesparende Maßnahmen sei die Hoffnung, „dass das Carnet ein Instrument ist, das jeder nutzen würde, wenn er renoviert, ein wenig in Frage gestellt“. Denn nun könne man sich „auf energiesparende Maßnahmen beschränken“ und müsse „kein Gesamtinventar der Probleme im Haus machen“. Die so genannte „Ameliorationsprime“ müsse den neuen Gegebenheiten angepasst werden.

Als Mitte Januar dann zunächst der Wirtschaftsminister und zwei Wochen später der Umweltminister die neuen Maßnahmen vorstellte, war Boden weder mit von der Partie, noch schloss er sich mit einer klärenden Pressekonferenz an. Übrig bleibt also trotz aller Fortschritte in der Gesetzgebung eine Situation, die immer noch schwer zu überblicken ist. Klar ist: Wer von den Beihilfen (die das Umweltministerium auszahlt) profitieren will, braucht einen Energiepass. Der wiederum ist Teil des Gebäudepasses, den man benötigt, wenn man Unterstützung für bauliche Maßnahmen beim Wohnungsbauminister beantragt. Den Energiepass muss der Besitzer selbst zahlen - für den Gebäudepass übernimmt der Staat jedoch 75 Prozent der Kosten. Noch Fragen? Die Mitarbeiter am interministeriellen Stand auf der Oekofoire dürften alle Hände voll zu tun haben.



DOSSIER ENERGIE

ERNEUERBARE ENERGIEN

Es lohnt sich wieder!

Raymond Klein

Die Förderbedingungen für Strom aus erneuerbaren Energiequellen sind Anfang des Jahres stark verbessert worden. Die Möglichkeiten, privat oder unternehmerisch tätig zu werden, sind vielfältig.

Acht Jahre ist es her, dass zur Ökofoire der damalige Umweltminister Charles Goerens ankündigte, den BürgerInnen 25 Franken pro Kilowattstunde für Strom aus Solaranlagen zu zahlen. Dieser Einspeisetarif von umgerechnet 0,63 Euro war damals der höchste in Europa. Seither ist vieles passiert: Der Solarstromtarif wurde gesenkt, andere Fördermechanismen verbessert, neue hinzugefügt. Trotzdem erhöht sich der Anteil der erneuerbaren Energien (EE) am Stromverbrauch nur langsam - auch wegen des steigenden Gesamtverbrauchs. Der EE-Sektor - also spezialisierte Handwerker und Beratungsfirmen - hat sich noch nicht vom Schock von 2005 erholt, als die Fördermaßnahmen drastisch zurückgefahren wurden. Acht Jahre nach dem Startschuss für eine Energiewende ist es in Luxemburg immer noch nicht selbstverständlich, dass bei Neubauten Dach-Solaranlagen mitgeplant werden: ein klarer Fehlstart.

Die Chancen für einen Ausbau stehen dennoch gar nicht so schlecht. Die jüngsten Förderprogramme bieten wieder genügend finanzielle Anreize für Hausbesitzer und Bauherren. Das Bewusstsein des drohenden Klimawandels dürften die Bereitschaft vieler BürgerInnen erhöht haben, eine CO₂-sparende Solaranlage auf dem Hausdach installieren zu lassen. Eher schon stellt sich die Qual der Wahl: Solarwärme oder Solarstrom? Beteiligung bei Wind oder Biogas? Wärmedämmung oder Ökostrom?

Erneuerbare Aufrüstung

„Ganz klar: Als erstes muss man den Energieverbrauch so weit wie möglich senken“, sagt Gérard Anzia, ein Ingenieur und Sekundarlehrer, der sich seit langem mit Energietechnik

beschäftigt. „Dann kommt die thermische Solaranlage für die Warmwasserzubereitung: Das braucht man immer.“ 13 Quadratmeter der Dachfläche seines Hauses werden von Anzia hierfür genutzt, der Rest für eine 400-Watt-Photovoltaikanlage. „Die Rechnung geht auf“, sagt er. Durch die auch zum Heizen genutzte Warmwasseranlage spart er im Jahr über 500 Liter Heizöl. Und die neuen Einspeisetarife für Solarstrom hält er für „ausreichend“.

Anzia hat seine EE-Installationen

matisch der Sonne nachgeführt wird, was die Ausbeute erhöht. Das Windrad auf dem Dach steht dagegen still. „Einspeisen lohnt sich nicht. Im Siedlungsbereich ist nicht genügend Wind für eine Kleinanlage vorhanden“, so Anzia. Er plant, das Rad abzumontieren und es im Redinger Lycée, wo er ab Herbst unterrichtet, für ein pädagogisches Projekt zu nutzen.

Doch so sinnvoll die Anlagen an Privatwohnungen auch sind, ein konsequenter Ausbau der erneuerbaren Energien kann sich nicht hier-

vorbehalten. „Bei den neuen Wasser- oder Windprojekten ist es schwierig, reinzukommen“, sagt Anzia. „Große Windanlagen an guten Standorten, die zweistellige Renditen versprechen, werden meist von den Stromfirmen Cegedel und SEO betrieben. Und für kleinere, weniger lohnende Projekte, ist es schwierig, das Kapital zusammen zu bekommen.“ Immerhin: An Anzias Arbeitsplatz, dem neuen Redinger Lycée, sind Hunderte von LehrerInnen und SchülerInnen an der Nutzung erneuerbarer Energie beteiligt: Neben der modernen Isolations-technik ist das Schulgebäude auch an die nahe gelegene regionale Biogasanlage angeschlossen.

Potenzial Biogas

Die Nutzung von Biomasse als erneuerbare Energiequelle ist seit der Diskussion über Agrokraftstoffe - zu Recht - stark umstritten. Doch der erste Zweck dieser Anlagen war es, eine sinnvolle Verwendung für landwirtschaftliche Abfälle, unter anderem die Gülle, zu finden. Josy Hoer, Landwirt in Canach, war 1998 an der Errichtung der ersten luxemburgischen Anlage beteiligt: „Wir haben klein angefangen, und dann in ein paar Schritten erweitert. Doch die ersten fünf Jahre haben wir draufgelegt.“ Sogar jetzt ist er sich nicht sicher, ob die Anlage kostendeckend arbeiten kann. Er hofft, dass die vor einiger Zeit nochmals vergrößerte Anlage von der neuen Vergütung profitieren kann, wie von Energieminister Jeannot Krecké angekündigt. So ist Hoer hin und hergerissen zwischen dem Stolz, an einem sinnvollen Unternehmen beteiligt zu sein, und den Zweifeln, ob es sich wirklich lohnt.

Alles in allem ist klar, dass die DurchschnittsbürgerInnen vor allem auf Wärmedämmung, Energiesparen allgemein sowie thermische und eventuell photovoltaische Anlagen setzen können. Für diese Investitionen gibt es diverse Finanzhilfen vom Staat (Broschüre zum Download unter www.environment.public.lu) und einem Teil der Gemeinden. Nur bei



Photovoltaik im Siedlungsbereich - ein kleiner, aber wichtiger Beitrag zum Klimaschutz.

immer wieder angepasst, damit sie ökologisch und wirtschaftlich Sinn machen. Als ihn die woxx 2001 besuchte, nutzte er die Photovoltaikanlage noch für eine Inselanlage. In Verbindung mit einem Windrad und einer Speicherbatterie sollte sie genügend Strom für seinen Büroraum liefern. „Das war recht kompliziert. Angesichts der günstigen Förderbedingungen damals, entschloss ich mich, den Solarstrom ins Netz einzuspeisen“, erzählt Anzia. Zusätzlich hat er eine 1200-Watt-Photovoltaik-Anlage hinter dem Haus errichtet, die auto-

auf beschränken. Gérard Anzia zum Beispiel betreibt in Boevange an der Attert seit 2004 mit zwei „Associés“ ein 23-Kilowatt-Wasserkraftwerk. Zum Einsatz kommt nicht etwa eine Turbine an einem Staudamm, sondern eine einfache Schnecke, die sich, um Wasser getrieben, um die eigene Achse dreht. Hier gab es, zusätzlich zur Einspeiseprämie, eine Investitionshilfe vom Staat - und von der Cegedel: aus dem Nova-Naturstrom-Fonds für Neuanlagen.

Die Beteiligung an solchen Projekten ist zurzeit allerdings Insidern

DOSSIER ENERGIE

ENERGIEPOLITIK

Wille gegen Klimawandel

Raymond Klein

photovoltaischen Anlagen stellt sich die Frage der Einspeisetarife - wie viel das beim Heizen eingesparte Öl oder Erdgas wert ist, hängt von den Energiepreisen ab. Der Einspeisetarif für Strom aus 2008 installierten Kollektoren liegt bei 0,42 Euro pro Kilowattstunde - das dürfte locker ausreichen, um die Anschaffungskosten zu decken. Dieser Tarif wird über 15 Jahre hinweg garantiert - ein wichtiger Unterschied zu den Rèlements von 2005, die keine langfristige Finanzplanung erlaubten. Allerdings wird der für Solarstrom bezahlte Preis jedes Jahr um drei Prozent verringert, das heißt, Anlagen, welche erst 2009 in Betrieb gehen, bringen zum Beispiel nur noch 41,74 Cent pro Kilowattstunde während 15 Jahren.

Über die Anlage auf dem Hausdach hinaus können umweltbewusste BürgerInnen natürlich versuchen, Teilhaber einer größeren EE-Anlage zu werden. Doch auch die politische Unterstützung für Projekte ist wichtig: So manche Anlage wurde nicht errichtet, weil sich die Verantwortlichen zwar von Kritikern angegriffen sahen, sich aber der Unterstützung durch die - schweigende - Mehrheit nicht sicher waren. Außerdem bieten die Chamberwahlen im Juni 2009 eine Gelegenheit, Parteien und PolitikerInnen zu unterstützen, die sich ernsthaft für erneuerbare Energien einsetzen.

Ohne den massiven Rückgriff auf erneuerbare Energien lässt sich der Klimawandel nicht verhindern. In Luxemburg hinkt die politische Entschlossenheit dieser Erkenntnis seit Jahren hinterher.

Ökobilanz zweifelhaft, unzureichendes Potenzial, technisch nicht ausgereift, zu teuer... An Argumenten, die Zweifel am Sinn der Förderung erneuerbarer Energien (EE) aufkommen lassen, fehlt es nicht. Dem steht die Notwendigkeit schnellen Handelns gegenüber: Der Klimawandel wird immer schwerer aufzuhalten, und welcher Art seine Auswirkungen sein werden, darauf geben die Wetterkatastrophen der vergangenen Jahre, von Louisiana bis Bihar, einen Vorgeschmack.

Dennoch ist die Frage nach der ökologischen Effizienz dieser Technologien berechtigt. Zwar entsteht bei der Stromerzeugung aus Sonne und Wind kein CO₂, dafür wird bei der Herstellung von Solarzellen und Windrädern eine Menge Energie verbraucht. Hochgerechnet auf den Lebenszyklus der Anlagen schätzt man, dass pro erzeugter EE-Kilowattstunde zwischen 10 und 60 Gramm CO₂ anfallen. Das ist nicht wenig, aber weit günstiger als beispielsweise die - noch relativ klimaschonende - Stromerzeugung aus Erdgas, von Erdöl und Kohle ganz zu schweigen.

Es muss sein!

Wichtig für die Ökoeffizienz der erneuerbaren Energien ist, dass die

Nutzung unter günstigen Bedingungen stattfindet. Die Anlagen müssen an geeigneten Standorten installiert werden und benötigen regelmäßigen Unterhalt und benötigen regelmäßigen Unterhalt um die Lebensdauer zu verlängern.

Bleibt die Frage, ob das Potenzial der erneuerbaren Energien genügt, um die fossilen Brennstoffe ausreichend zu ersetzen. Ausreichen heißt, die CO₂-Konzentration in der Erdatmosphäre in den kommenden Jahrzehnten unter 450 Anteilen pro Million zu halten, damit die Erwärmung weniger als zwei Grad Celsius beträgt, und damit voraussichtlich der Klimakipp verhindert wird. Glaubt man den Prognosen der Internationalen Energieagentur, dann wird dies schwierig: Bei einem weltweiten Gesamtenergieverbrauch - der Elektrizität, Heizkraft und Treibstoffe einschließt - von 640.000 Petajoule im Jahr 2030 läge der EE-Anteil bei nur einem Sechstel. Greenpeace dagegen hat ein klimaverträgliches Szenario vorgelegt, in dem trotz Verzicht auf Atomstrom bereits 2030 ein Drittel der Energie aus erneuerbaren Quellen käme. Das gelänge allerdings nur, wenn der Gesamtverbrauch auf 400.000 Petajoule, also leicht unter den jetzigen Wert, gesenkt würde. Fürs „global village“ gilt das Gleiche wie für Privathaushalte: Die erste „erneuerbare“ Energiequelle ist das Energiesparen.

Ein Drittel EE, das klingt nach wenig. Betrachtet man im Greenpeace-Szenario nur die elektrische Energie, so liegt der EE-Anteil immerhin bei über 50 Prozent. Bei der Stromerzeugung gibt es also ein besonders großes Potenzial weltweit - das aber

nur erschlossen werden kann, wenn Technik und Kapital aus den hoch entwickelten Ländern den weniger entwickelten zugänglich gemacht werden.

Andererseits darf diese nachhaltige Entwicklung kein Vorwand sein, um in den Ländern des Nordens den CO₂-Ausstoß nur langsam zu senken. Auch wenn man den Tanktourismus aus Luxemburgs Energiebilanz herausrechnet, ist das Großherzogtum Spitzenreiter beim Verbrauch - und kann gewiss einen größeren Teil seines Bruttosozialprodukts für Klimaschutz abzugeben als weniger wohlhabende Länder. Außerdem kurbeln nationale Maßnahmen die nationale Wirtschaft an, was man von Offshore-Windturbinen an der Atlantikküste nicht sagen kann. Und: Das Gejammer der PolitikerInnen von LSAP, DP und CSV über die „atypische“ Situation Luxemburgs blendet eines völlig aus: Wenn es einem der reichsten und verschwendischsten Länder der Erde unmöglich sein soll, den CO₂-Ausstoß auf ein klimaverträgliches Niveau zu senken, wie könnte dies dann den weniger entwickelten und bereits jetzt genügsameren Ländern gelingen?

Auch das Argument, die Technologie, vor allem bei der Solarstromerzeugung, sei noch nicht ausgereift, und eine Förderung sei zu kostspielig, kann man nicht gelten lassen. Gewiss, sowohl die Erforschung als auch die Optimierung der Technologie sind bei weitem nicht abgeschlossen - weil weltweit viel zu spät damit angefangen wurde. Deswegen muss auch mehr Geld in die Forschung gesteckt



FOTO: GREENPEACE

DOSSIER ENERGIE

werden. Doch darauf dürfen sich die Aktivitäten nicht beschränken, denn ein Verzicht auf den praktischen Einsatz der Techniken würde bedeuten, noch mehr Zeit zu verlieren.

Insbesondere in Luxemburg wurde seit 2000, als erstmals eine ernsthafte Förderung eingeführt wurde, viel Zeit verplempert. „Es waren verlorene Jahre“, sagt Henri Kox, Präsident von Eurosolar und grüner Energiepolitiker. Damit meint er die Zeitspanne von 2004 bis 2007, als zuerst die Förderung ausgesetzt wurde und dann größtenteils die Bedingungen verschlechtert wurden. Kox bestreitet nicht, dass eine Kurskorrektur damals notwendig war, weil die Photovoltaik übermäßig begünstigt wurde. Aber die Art und Weise, wie die Regierung dann den gesamten EE-Sektor abwürgte, hält er für einen gravierenden Fehler.

Auch die Ausarbeitung der jüngsten Fördermaßnahmen war nicht nach seinem Geschmack. Der Wirtschafts- und Energieminister Jeannot Krecké habe gegenüber Eurosolar und anderen EE-Interessenvertretern nicht mit offenen Karten gespielt. Kox findet außerdem, dass die Investitionsbeihilfen zu hoch und die Einspeisetarife zu niedrig sind - mit dem Risiko, den Bau ineffizienter Anlagen zu unterstützen (siehe woxx Nr. 935). Immerhin wurde der Vorschlag von Eurosolar aufgegriffen, den Photovoltaik-Einspeisetarif auf 42 Cent statt der vorgesehenen 39 Cent anzuheben - ihn dafür aber bei nach 2008 gebauten Anlagen konsequent zu senken.

Zweifel und Hoffnung

Mit einer abschließenden Bewertung des 2008er Jahrgangs der Fördermaßnahmen hält sich Henri Kox zurück. „Von Seiten der Biogas-Betreiber höre ich mal Lob, mal Tadel. Für einige Windkraftanlagen scheint der Einspeisepreis am Limit zu liegen, weil die Indexierung weggefallen ist.“ Die thermischen Solarkollektoren seien rentabel, bei den kleinen Photovoltaikanlagen hat Kox dagegen Zweifel.

Schneller, höher, breiter.
Die technische
Weiterentwicklung der
erneuerbaren Energien ist
noch nicht abgeschlossen.

„Und für die großen ist der Tarif okay - aber wann werden sie errichtet?“, fragt er.

Alles in allem seien die neuen Förderreglemente „nicht der große Wurf“. Der Schock von 2004 bedeute einen Vertrauensverlust für die Regierung, sagt Kox. „Jenseits der Diskussion über ein paar Cent mehr oder weniger gibt es im EE-Sektor Zweifel daran, ob die Regierung den Ausbau konsequent anpacken will.“ Auch die in der - von der Regierung in Auftrag gegebenen - Luxres-Studie angeführten Ziele gehen Kox nicht weit genug. „Doch sogar die erreichen wir nicht“, prognostiziert er. Ein Grund, pessimistisch zu sein, ist zum Beispiel die Ende April verkündete Einstellung der Arbeiten am „Plan sectoriel plan éoliens“ - ein Instrument, das die Erteilung von Genehmigungen für Windparks stark vereinfacht hätte.

Doch Henri Kox' Haltung ist nicht ohne Widersprüche: Auf Landesebene ist seine Partei in der Opposition, in Remich dagegen an der Macht beteiligt. Er erzählt, wie er als Schöffe bei Aufklärungsversammlungen für Lux' und Kreckés Fördermaßnahmen die Werbetrommel rühren muss. Er tue das, weil er die erneuerbaren Energien voranbringen wolle, sagt Kox. „Es geht darum, aus den jetzt existierenden Rahmenbedingungen das Beste zu machen.“

Ein von Skepsis geprägtes, aber sehr informatives Dossier zum Thema Erneuerbare Energien findet sich in der Zeitschrift Science et Vie von März 2008.



FOTO: GREENPEACE



STRAYMUSE/STOCK.XCHNG